

3. Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung und die Mittelschulen (Sekundarstufe II) (12/GE 32/409)

2. Lesung

Kommissionspräsident **Huber**, BDP: Ich **beantrage**, die gesamte Vorlage zur Teilüberarbeitung an den Regierungsrat **zurückzuweisen**. Es haben sich seit der 1. Lesung am 23. März diverse offene Fragen ergeben, die eine Überarbeitung, insbesondere des § 16a, rechtfertigen. Im Sinne der Konsensfindung und der Erarbeitung einer mehrheitsfähigen Lösung zugunsten unserer lernschwächsten Jugendlichen bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

Gutjahr, SVP: Die SVP-Fraktion trägt den Antrag mit, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. In den letzten Tagen gab es zu viele Informationen, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Wir sind dezidiert der Auffassung, dass ein Gesetz "sauber" vorbereitet werden muss, bevor wir es umsetzen. Dies ist zum heutigen Zeitpunkt nicht der Fall. Das Gesetz muss vor allem von den Branchenverbänden, dem Gewerbe und der Industrie getragen werden. Auch dies ist heute nicht der Fall.

Gschwend, FDP: Ich spreche aus der Sicht eines Gewerbetreibenden. Die Rückweisung ist sinnvoll und richtig, und ich unterstütze sie auch. Es gibt zu viele Unbekannte. Die Integration von schulisch schwachen Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt bedeutet für mich nicht, in der Erstausbildung einen Sonderzug zu fahren, sondern eine integrierte Berufsbildung, wenn möglich mittels bestehender Ausbildungsmöglichkeit, anzustreben. Wir sollten zuerst abklären, was auf eidgenössischer Ebene angedacht ist und an die Anschlusslösungen denken. Ich bin an Lösungen für wirklich alle Jugendlichen interessiert.

Schallenberg, SP: In den letzten zwei Wochen haben sich verschiedenste Rückmeldungen bei mir gesammelt. Es ist ersichtlich geworden, dass wir nochmals über die Bücher müssen. Ich bin ein klarer Befürworter einer gesetzlichen Lösung für jene Jugendlichen, die zwischen einer Berufsausbildung auf der Basis des eidgenössischen Berufsattestes (EBA) und der Ausbildung mit Unterstützung der Invalidenversicherung (IV) fallen. In den letzten Wochen führte ich beispielsweise ein Gespräch mit Nationalrat Markus Hausammann. Er ist auch Präsident des Verbandes Thurgauer Landwirtschaft. Er hat mir gesagt, dass er nicht wisse, ob er unseren Vorschlag mit der Anlehre unterstützen könne. Er sei aber dezidiert für eine gesetzliche Regelung, damit die Arbeitgeber, in diesem Falle die Bauern, nicht alleine gelassen werden. Wenn wir mit der Rückweisung noch einmal die Möglichkeit erhalten, alle Rückmeldungen der letzten Wochen einfließen zu lassen und beim Bund rückfragen können, welche sinnvollen Lösungen es in die-

ser Situation gibt, vergeben wir uns nichts. Im Gegenteil: Wir erhalten die Möglichkeit, das Geschäft noch einmal genau anzuschauen. Die SP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Hartmann, GP: Auch uns geht es darum, eine möglichst gute Lösung für alle Jugendlichen zu erreichen, und auch bei uns haben sich in den letzten 14 Tagen teilweise widersprüchliche Informationen angesammelt. Die Grüne Fraktion bitte Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Haller, EDU/EVP: Die EDU/EVP-Fraktion schliesst sich den Voten der Vorredner an. Wir unterstützen einstimmig die Rückweisung des Geschäftes an den Regierungsrat, damit es überarbeitet und ein besserer Vorschlag unterbreitet werden kann. Die widersprüchlichen Äusserungen, die wir gehört haben, können bereinigt werden.

Regierungsrätin **Knill:** Meines Erachtens ist es eine sehr gute Lösung, nochmals über die Bücher zu gehen. Ich bin für die Rückweisung sehr offen, damit wir die Verwirrung, die tatsächlich nicht nur in den letzten zwei Wochen, sondern akzentuiert in den letzten 24 Stunden entstanden ist, bereinigen können. Sogar in den letzten Stunden sind noch Neuerungen aufgetaucht, die wir in der Zusammenarbeit mit dem Bund zu klären haben. Einerseits erklärt uns der Bund, was er von unserem Vorschlag hält. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass am "Strickhof" im Kanton Zürich seit Jahren eine fast identische Ausbildung zum Hofmitarbeiter praktiziert wird. Auch ich möchte, dass diese offenen Fragen auf Bundesebene geklärt werden. Wir werden in der entsprechenden Kommission alles noch einmal ausbreiten und das Geschäft mit einem hoffentlich besseren Konsens und geklärten Fragen wieder in den Rat bringen.

Diskussion zur Rückweisung - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung: Dem Rückweisungsantrag Huber wird mit 111:4 Stimmen zugestimmt.

Präsident: Das Geschäft geht zur Überarbeitung zurück an den Regierungsrat.